

Presse-Information

18/2020 (B)

Krebs und Armut: Corona-Krise verschärft finanzielle Einbußen und Existenzsorgen von Krebspatienten

Deutsche Krebshilfe und Bundesverband – Haus der Krebs-Selbsthilfe fordern Politik und Sozialversicherungsträger zum Handeln auf

Bonn (mas) – Die Corona-Pandemie stellt das Gesundheits- und Sozialsystem in Deutschland weiterhin vor große Herausforderungen. Betroffen davon sind auch Krebspatienten. Neben der onkologischen Versorgung verschärft COVID-19 häufig auch die finanzielle Situation der Betroffenen. Kurzarbeit oder sogar der Verlust des Arbeitsplatzes stellen eine zusätzliche Belastung dar. Schon vor der Pandemie stellten die Deutsche Krebshilfe und Krebs-Selbsthilfeorganisationen fest, dass bezüglich der finanziellen Situation von Krebspatienten akuter Handlungsbedarf besteht. Sie befürchten, dass durch die Corona-Krise das Armutsrisiko weiter ansteigen könnte. In einem gemeinsamen Positionspapier weisen die Deutsche Krebshilfe und der Bundesverband – Haus der Krebs-Selbsthilfe auf Defizite hin und appellieren an Vertreter der Politik und der Sozialversicherungsträger, die finanzielle Situation betroffener Krebspatienten umgehend zu verbessern.

„Fortschritte in der Medizin haben erfreulicherweise bei vielen onkologischen Erkrankungen zu besseren Heilungschancen geführt“, so Gerd Nettekoven, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krebshilfe. „Wie die Forschung zum Thema ‚Cancer Survivors‘ belegt, ist das Langzeitüberleben allerdings häufig mit einem Verlust an Lebensqualität, körperlichen und psychischen Einschränkungen, aber auch mit finanziellen Einbußen verbunden. Nur 56 Prozent der berufstätigen Krebspatienten kehren nach der Therapie wieder vollständig in das Erwerbsleben zurück!“

Studien belegen, dass eine Krebserkrankung die wirtschaftliche Situation vieler betroffener Menschen beeinflusst – darunter junge Familien, deren Hauptverdiener erkrankt ist, Selbstständige, Einzelverdiener oder Niedriglohnempfänger. Das Einkommen verringert sich, die Ausgaben steigen. Zu den zusätzlichen Aufwendungen zählen beispielsweise Eigenbeteiligungen und Zuzahlungen für medizinisch notwendige Medikamente, Krankenfahrten sowie Mehrkosten für Kinderbetreuung oder Haushaltshilfen. Im Verlauf ihrer Erkrankung müssen Krebspatienten außerdem mit großem Aufwand Anträge stellen und Nachweise vorlegen.



Bürokratische Hürden eröffnen sich unter anderem beim Krankengeld, der Rehabilitation oder der beruflichen Wiedereingliederung. „Das ist für Betroffene – neben den körperlichen und psychischen Einschränkungen durch die Erkrankung – eine enorme zusätzliche Belastung“, so Ernst-Günther Carl, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes – Haus der Krebs-Selbsthilfe (HKSH-BV).

„Seit der Corona-Krise kontaktieren uns zahlreiche Krebspatienten, die durch die Pandemie verunsichert sind“, so Nettekoven. „Neben Fragen zu Therapie und Nachsorge schildern uns die Betroffenen auch ihre finanziellen Sorgen und Belastungen durch Corona. Das betrifft vor allem Menschen, die wegen Kurzarbeit oder aber wegen einer bereits erfolgten Kündigung Angst um ihr Auskommen haben.“ Carl ergänzt: „Wir gehen davon aus, dass derartige Anfragen erheblich zunehmen werden, sobald sich die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie deutlicher abzeichnen.“

In einem Positionspapier haben sich die Deutsche Krebshilfe und der HKSH-BV nun an Vertreter der Politik, der Sozialversicherungsträger und bundesweit tätiger Verbände gewandt, um im gemeinsamen Dialog Verbesserungen für Krebspatienten anzustoßen. Veränderungen und Verbesserungen erwarten die beiden Organisationen insbesondere beim Krankengeld, der Rehabilitation sowie der beruflichen Wiedereingliederung und der finanziellen Absicherung in Ausbildungszeiten.

In Deutschland erkranken täglich 1.400 Menschen neu an einer Krebserkrankung. „Diese Zahl macht mehr als deutlich, dass Krebs ein zentrales Gesundheitsproblem unserer Gesellschaft ist“, sagt Nettekoven. „Daher ist es enorm wichtig, dass Krebspatienten in jeder Hinsicht optimal versorgt werden. Dazu gehört auch eine finanzielle Absicherung in bestimmten Lebenssituationen, um die Erkrankung sorglos bewältigen oder mit ihr leben zu können.“

Das Positionspapier „Krebs und Armut“ steht hier zum kostenlosen Download bereit: www.krebshilfe.de/stellungnahmen

Interviewpartner auf Anfrage!

Bonn, 4. Juni 2020

Die **Deutsche Krebshilfe** wurde am 25. September 1974 von Dr. Mildred Scheel gegründet. Ziel der gemeinnützigen Organisation ist es, Krebserkrankungen in all ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen. Unter dem Motto „Helfen. Forschen. Informieren.“ fördert die Stiftung Projekte zur Verbesserung der Prävention, Früherkennung, Diagnose, Therapie, medizinischen Nachsorge und psychosozialen Versorgung, einschließlich der Krebs-Selbsthilfe. Mit ihrem Informations- und Beratungsdienst INFONETZ KREBS unterstützt die Deutsche Krebshilfe Betroffene

und Angehörige. Für eine persönliche Beratung – auch zu sozialrechtlichen Fragen – stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter telefonisch montags bis freitags von 8 bis 17 Uhr sowie per E-Mail zur Verfügung (0800/80708877, krebshilfe@infonetz-krebs.de). Krebspatienten, die durch ihre Erkrankung unverschuldet in finanzielle Not geraten sind, können beim Härtefonds der Deutschen Krebshilfe kurzfristig Hilfe beantragen (0228/72990-94, haertefonds@krebshilfe.de). Mehr Informationen unter www.krebshilfe.de.

Der **Haus der Krebs-Selbsthilfe – Bundesverband e.V.** (HKSH-BV) vereint zehn bundesweit organisierte Krebs-Selbsthilfeverbände mit etwa 1.500 Selbsthilfegruppen. Zusammen stehen sie unter der Schirmherrschaft der Stiftung Deutsche Krebshilfe, sind gemeinnützig und unabhängig. PatientInnen, Angehörigen und Ratsuchenden bieten die Verbände der Krebs-Selbsthilfe Austausch und Information. Sie erreichen den Bundesverband und die einzelnen Verbände unter www.hausderkrebsselbsthilfe.de/leben-mit-krebs.